

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
einen Quartalsbericht über die Auswirkungen der Ostöffnung auf den oberösterreichischen
Arbeitsmarkt**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, dem Oö. Landtag quartalsmäßig einen gesonderten Bericht über die Auswirkungen der Ostöffnung auf den oberösterreichischen Arbeitsmarkt vorzulegen.

Begründung

Seit 1. Jänner 2014 ist der österreichische Arbeitsmarkt auch für Menschen aus Bulgarien und Rumänien vollständig geöffnet. Diese Entwicklung lässt gravierende Folgen erwarten.

Denn die wachsende Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern im Osten ist ein maßgeblicher Grund für den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Laut einer Studie des IHS ist infolge der Arbeitsmarktöffnung mit einem Anstieg der zugewanderten Personen aus Bulgarien und Rumänien von 61 412 Personen (Jahresbeginn 2012) auf 106 220 Personen Ende 2015 zu rechnen. Die bereits ohnehin angespannte Situation am Arbeitsmarkt - in Oberösterreich betrug im Dezember 2013 die Arbeitslosenquote sieben Prozent, in Gesamtösterreich sogar 9,5 Prozent - wird sich dadurch weiter verschärfen. Nach Schätzungen des AMS wird schon Ende Jänner 2014 in Österreich der Rekordwert von 450 000 Arbeitslosen erreicht.

Ein Quartalsbericht soll die Entwicklungen nach der erfolgten Arbeitsmarktöffnung, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Verdrängung heimischer Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt durch neu zugewanderte Bulgaren und Rumänen, umfassend darstellen und gegebenenfalls als Grundlage für etwaige politische Maßnahmen dienen.

Linz, am 20. Jänner 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Povysil, Schießl, Klinger, Wall, Lackner, Nerat, Mahr, Cramer